

# FREIBERUFLER-TICKER vom 29. November 2024

## 1. IAB-Arbeitsmarktbarometer weiter im Sinkflug

Das [IAB-Arbeitsmarktbarometer](#) ist im November 2024 um 0,3 Punkte auf 99,5 Punkte gefallen. Besonders die Komponente zur Vorhersage der Arbeitslosigkeit sank auf 97,9 Punkte, was auf einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten hindeutet. Die Beschäftigungskomponente liegt bei 101,1 Punkten und signalisiert eine verhaltene Entwicklung. Auch das European Labour Market Barometer sinkt im November zum vierten Mal in Folge. Nach einem Rückgang um 0,2 Punkte liegt es bei 99,0 Punkten – und damit auf dem schwächsten Stand seit 2020. Sowohl die Komponente zur Vorhersage der Arbeitslosigkeit als auch die Beschäftigungskomponente des Frühindikators des Europäischen Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen und des IAB verlieren im November. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit dürfte sich somit im Winter fortsetzen. „Die Europäischen Arbeitsmarktservices sehen in den kommenden Monaten keinen Beschäftigungszuwachs mehr“, so Prof. Dr. Enzo Weber.

## 2. ifo-Geschäftsklimaindex gesunken

Der [ifo-Geschäftsklimaindex](#) ist im November 2024 auf 85,7 Punkte gefallen und damit erneut gesunken. Während die aktuelle Geschäftslage stabil bewertet wird, trüben sich die Erwartungen der Unternehmen weiter ein. Besonders betroffen sind der Dienstleistungssektor und das Bauhauptgewerbe, während der Handel trotz leichter Verbesserung auf niedrigem Niveau bleibt. Für die Freien Berufe, die einen großen Teil der Dienstleistungen erbringen, bedeutet dies weiterhin ein herausforderndes Umfeld mit hoher Unsicherheit. Die Entwicklung verdeutlicht die Notwendigkeit, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu verbessern und die Resilienz insbesondere kleiner und mittlerer freiberuflicher Unternehmen zu stärken. Das ifo Institut veröffentlicht den Geschäftsklimaindex monatlich auf Basis von rund 9.000 Unternehmensbefragungen.

## 3. Vergabetransformation

Die Bundesregierung will öffentliche Aufträge einfacher, schneller und nachhaltiger vergeben. Start-ups sollen leichter öffentliche Aufträge bekommen. Dies soll der Kabinettsbeschluss vom 27. November 2024, über den die [Bundesregierung](#) berichtet, umsetzen. Voraus ging eine intensive Einbindung von Fachkreisen, Verbänden und der Zivilgesellschaft im Zuge einer öffentlichen Konsultation, an der auch der BFB teilnahm und insbesondere für eine gesetzliche Stärkung beim Ansatz zur Auftragswertberechnung bei Planungsleistungen und eine losweise, mittelstandsfreundliche Vergabe votierte.

## 4. Tariftreue

Ebenfalls am 27. November 2024 beschloss das [Bundeskabinett](#) den Entwurf für ein Bundestariftreuegesetz, dessen Ziel ist es, dass öffentliche Aufträge des Bundes nur noch an Unternehmen gehen, die nach Tarif zahlen. Auch hier war der BFB in die vorausgehende Konsultation eingebunden und machte sich dafür stark, dass konstitutiv wirkende Tariftreuregelungen sich jedenfalls auf Branchen beschränken müssten, in denen tatsächlich repräsentative Tarifverträge existierten, nicht dagegen weitere staatliche Mindestlöhne durch die Hintertür für Wirtschaftszweige eingeführt würden, in denen Tarifverträge keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielten. Das Gesetz soll bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen des Bundes ab 30.000 Euro Auftragswert sowie für die Vergabe von Bauaufträgen des Bundes ab 50.000 Euro Auftragswert gelten. § 5 des Gesetzes ermächtigt das

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, lediglich auf Antrag einer Gewerkschaft oder einer Vereinigung von Arbeitgebern in einer Rechtsverordnung die für die Ausführung öffentlicher Aufträge und Konzessionen geltenden Arbeitsbedingungen festzusetzen. Der Bundesrat muss dem Bundestariftreuegesetz zustimmen. Es soll am 1. Juli 2025 in Kraft treten.

## 5. Studierendenzahl stabilisiert sich

Wie das Statistische Bundesamt am 28. November 2024 [mitteilte](#), sind im laufenden Wintersemester 2024/2025 etwa 2.871.600 Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Damit ist der Rückgang der Studierendenzahlen seit dem bisherigen Höchststand im Wintersemester 2021/2022 erstmals gestoppt. Zudem stieg die Zahl der Erstsemester an den Hochschulen gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent. Im Studienjahr 2024 (Sommersemester 2024 und Wintersemester 2024/2025) nahmen 488.100 Personen erstmals ein Studium an einer deutschen Hochschule auf – das waren 6.100 mehr als im Studienjahr 2023 (482.000) und der dritte Anstieg in Folge. Beispielsweise schrieben sich 46.100 Studienanfängerinnen und -anfänger, etwa drei Prozent mehr als im Vorjahr, im Studienbereich Informatik ein. Im Studienbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik begannen 23.800 Erstsemester ihr Studium, ein Zuwachs von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den höchsten prozentualen Anstieg der Erstsemesterzahlen gab es mit einem Plus von sechs Prozent im Studienbereich Elektrotechnik und Informationstechnik.

## 6. Zahl der Ukrainerinnen und Ukrainer in der dualen Berufsausbildung gestiegen

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung Ende vergangener Woche [mitteilte](#), stieg die Zahl der Ukrainerinnen und Ukrainer im dualen Berufsausbildungssystem in 2023 deutlich an. Viele von ihnen begannen ihre Ausbildung in Berufen, die am Arbeitsmarkt von akutem Fachkräftemangel betroffen sind, darunter Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r und Kfz-Mechatroniker/-in – Berufe, die von der Bundesagentur für Arbeit als Engpassberufe eingestuft werden. Es wird erwartet, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge von Ukrainerinnen und Ukrainern in diesem Jahr weiter kräftig zunehmen wird. Ab 2026 beziehungsweise 2027 dürften viele geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer ihre begonnene Berufsausbildung erfolgreich abschließen. Eine Analyse der Daten zur Fluchtbewegung im Jahr 2015 zeigt, dass der Anstieg der Absolventenzahlen im dualen Ausbildungssystem mit etwa fünf Jahren Verzögerung auf den Bevölkerungsanstieg und etwa drei Jahren Verzögerung auf den Anstieg der Neuabschlüsse folgt.

## 7. KfW Research senkt Prognose für Wirtschaftswachstum 2025

Die deutsche Wirtschaft bleibt auch im kommenden Jahr in einem schwierigen Fahrwasser. Für 2025 erwartet KfW Research nur noch ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 0,5 Prozent, statt wie zuvor in der Sommerprognose berechnet, 1,0 Prozent. Gründe dafür seien mitunter die belastete Investitionstätigkeit der Unternehmen, eine geringere private Kaufkraft wegen des nachlassenden Lohnwachstums, aber auch die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten, welche eine enorme politische wie wirtschaftliche Unsicherheit bedeute. Innenpolitisch werde laut KfW-Konjunkturexperte Dr. Philipp Scheuermeyer auch „mit den vorgezogenen Neuwahlen die Unsicherheit über die Politik in Deutschland bis zum Abschluss von Koalitionsverhandlungen hoch bleiben, zumal mindestens bis dahin nur eine vorläufige Haushaltsführung möglich ist. Chancen für ein höheres Wachstum als hier prognostiziert entstünden dagegen insbesondere bei einem deutlichen Rückgang der derzeit ungewöhnlich hohen Sparquote in Deutschland“, so Dr. Philipp Scheuermeyer. Die Unsicherheit über die Einführung von US-Zöllen dämpfe auch den Ausblick für die Eurozone. KfW Research reduziert daher die Prognose für das BIP-Wachstum der Eurozone im kommenden Jahr auf plus 1,0 Prozent,

nach zuvor plus 1,3 Prozent in der Sommerprognose. Der aktuelle KfW-Konjunkturkompass ist [hier](#) abrufbar.

#### **8. Bundesrat stimmt Jahressteuergesetz 2024 mit neuen Regeln zur Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten zu**

Der BFB ist erfreut, dass die neuen Regeln bei der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten (Erhöhung der Bemessungsgrundlage von zwei Dritteln auf 80 Prozent und Anhebung des Höchstbetrags von 4.000 € auf 4.800 €) zum 1. Januar 2025 in Kraft treten. Der Bundesrat stimmte dem Jahressteuergesetz (JStG) 2024 am 22. November 2024 zu. Die Erhöhung der Bemessungsgrundlage und Anhebung des Höchstbetrages waren Teil der Forderungen des gemeinsamen Positionspapiers zur Vereinbarkeit von Familie und Unternehmertum mit Startup-Verband und Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU). Somit ist ein erster Teilerfolg geschafft, welcher hoffentlich in der Zukunft weitere Steigerungen erleichtern wird.

#### **9. ifo Institut zum Bürokratieabbau**

Das ifo Institut befasst sich in seiner am 22. November 2024 veröffentlichten [Schrift](#) Kosten der Bürokratie - Reformen dringend mit der innovationshemmenden Wirkung von Bürokratie und untersucht die Frage, warum Bürokratie ausufert. Im Beitrag Die Kosten der Bürokratie: Zwischen Messung und Realität wird beleuchtet, aus welchen Bereichen die besonders kostenintensiven Bürokratiepflichten stammen, warum der Bürokratiekostenindex sinkt, jedoch keine spürbare Entlastung für Unternehmen messbar ist, und welche erheblichen konzeptionellen Schwächen die *One-in-one-out-Regel* aufweist. Neben den Auswirkungen auf die Wirtschaft wird auch der Umgang mit Bürokratie auf kommunaler Ebene analysiert.

#### **10. Statistisches Bundesamt erhebt KI Nutzung in deutschen Unternehmen**

Die am 25. November 2024 veröffentlichte [Erhebung](#) zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen ergab, dass jedes fünfte Unternehmen (20 Prozent) in Deutschland Technologien der künstlichen Intelligenz (KI) nutzt. In der Studie erfasst sind rechtliche Einheiten mit mindestens zehn Beschäftigten. Das Statistische Bundesamt (Destatis) teilt mit, dass damit die Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) innerhalb eines Jahres um 8 Prozentpunkte gestiegen ist. Große Unternehmen ab 250 Beschäftigten setzen im Jahr 2024 deutlich häufiger KI-Technologien ein als mittlere und kleine Unternehmen. So nutzt jedes zweite Großunternehmen (48 Prozent) aber nur jedes sechste (17 Prozent) kleine Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten KI.

#### **11. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung**

Das Jobportal [www.freieberufe-jobportal.de](http://www.freieberufe-jobportal.de) des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

- Anzeige -



Privatversicherte können ihren Schutz individuell zusammenstellen. Diese Leistungen sind garantiert und können auch durch die Politik nicht gekürzt werden. Zudem müssen Ärztinnen und Ärzte bei Privatpatienten nicht auf Budgetgrenzen achten. So können sie ihnen stets die bestmögliche Therapie anbieten.

Mehr auf [pkv.de](https://www.pkv.de)

**BFB**  
Bundesverband  
der  
Freien Berufe e.V.

★ 17  
♥ 17  
🔔 35  
👤 15  
💬 26

**Folgen Sie uns auf LinkedIn!**

@Bundesverband der Freien Berufe